Keine Ökologie ohne neue Wirtschafts- und Sozialpolitik : für eine neue grüne Strategie im Zeitalter der Globalisierung

Autor(en): **Heilmann, Thomas**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **17 (1997)**

Heft 34

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652476

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Thomas Heilmann

Keine Ökologie ohne neue Wirtschafts- und Sozialpolitik

Für eine neue grüne Strategie im Zeitalter der Globalisierung

In 'Positionen', der damaligen Theoriezeitschrift der POCH, führte ich 1984 ein Interview mit Hans-Beat Schaffner, einem der Gründer der Grünen Partei in der Schweiz, in welchem dieser ausführte, dass die Grünen im Bereich der Ökologie die Rolle zu übernehmen hätten, wie sie die Sozialdemokratie in der Sozialpolitik erfolgreich gespielt habe. Es gehe darum, die ökologischen Anliegen auf der offiziellen Ebene in die Politik zu integrieren. Der Wirtschafts-, Sozial-, Kultur-, Sicherheitspolitik etc. sei ein weiterer Bereich, die Umweltpolitik nämlich, gleichberechtigt hinzuzufügen. Heute, könnte man/frau meinen, sei dieses Ziel erreicht, die „historische Mission" der Grünen mithin erfüllt; sie selbst wären damit überflüssig geworden, was ja die gegenwärtigen Schwierigkeiten der Grünen in der Schweiz, sich programmatisch und politisch medienwirksam zu artikulieren, erklären könnte.

Vom Soziologen Niklas Luhmann habe ich mitbekommen, dass sich das Subsystem „Politik" in diverse „Unter-Politiken" differenziert, und dass diese „Unter-Politiken" je ihr Eigenleben führen, d.h. nach ihren eigenen Gesetzmässigkeiten funktionieren – Autopoiesis eben. In dieser These steckt bestimmt viel Realitätsgehalt; aber die gegenseitige Beeinflussung der diversen Subsysteme dürfte ebenso eine Realität darstellen. Die Rückkoppelungseffekte zwischen den verschiedenen „Sub-Politiken", zwischen der Umweltpolitik einerseits und Wirtschafts- sowie Sozialpolitik andererseits sind es, die im Konzept „Nachhaltigkeit" zu reflektieren sind, soll dieses sich von der Schlagwortebene abheben. Denn es bestehen berechtigte Zweifel, ob die Umweltziele erreicht werden können, wenn „nur" Umweltpolitik betrieben wird, die andern Politikfelder aber davon abgeschottet bleiben; also etwa die herkömmliche Sozial- und Wirtschaftspolitik à la SPS fortgeschrieben werden, die sowohl in ihrer monetaristischen wie auch in ihrer keynesianischen Variante letztlich auf dem klassischen wirtschaftstheoretischen Paradigma beruhen, welches das Problem der Naturbasis allen Wirtschaftens ausblendet.

Die erfolgreiche Etablierung der Umweltpolitik gibt also schon Anlass, sich von grüner Seite her mit den Schnittstellen zwischen den verschiedenen Politikbereichen und der Umweltpolitik zu befassen; denn der Einbezug der Rückkoppelungseffekte bei der Ausarbeitung der verschiedenen Politiken erhöht die Durchsetzungschancen der Umweltziele erheblich. Hinzu kommt aber, dass im politischen Diskurs Umwelt- und Sozialpolitik einander entgegengestellt werden, seit Anfang der 90er Jahre die Ära der Vollbeschäftigung und des scheinbar unbegrenzt wachsenden Wohlstandes zu Ende gegangen ist. Ökologie wird dabei gerne als luxurierendes Wohl-

standsphänomen gesehen. Dies fasst sich dann bekanntlich in der Mackie-Messer-Volksweisheit zusammen, wonach das Fressen vor der Moral kommt, die Umwelt folglich dann erst massenwirksames Politikfeld werden könne, wenn die sozialen Bedürfnisse befriedigt seien.

Eine beliebte grüne Schlussfolgerung aus diesem scheinbaren Legitimationsentzug kommt in der Parole „Weg von der Ein-Themen-Partei!" zum Ausdruck. Es wird nach allen Seiten versichert, dass die Grünen eben auch die sozialpolitischen Dossiers kennen. In den grünen Fraktionen auf allen Ebenen des schweizerischen Föderalismus eignet man sich durchaus verdienstvoll und emsig Kompetenz in den verschiedensten Bereichen an. Ernüchtert wird allerdings konstatiert, dass dieser Fleiss nicht in vermehrtem WählerInnenzuspruch seinen Niederschlag findet, sondern sich sogar mit dem hämischen Vorwurf der sich ausbreitenden politischen Beliebigkeit konfrontiert sieht. Wenn das „grüne Kerngeschäft" betrieben wird, ist das „Ein-Themen-Politik"; wenn Grüne jedoch in anderen Bereichen Kompetenz beweisen wollen, heisst es, dass man deswegen ja schliesslich nicht grün wählen würde; das könne die Sozialdemokratie von Hause aus schon besser. Dass dann unter grünen AktivistInnen eine heimliche Sehnsucht nach der „not-wendenden" Katastrophe aufkommt, die wie Tschernobyl 1986 es wieder allen zeigen würde, ist nicht weiter erstaunlich, kann aber Politik nicht ersetzen.

In der Tat braucht es keine Grünen, die anstelle ihrer Umweltpolitik vermehrt Sozialpolitik im Stile der Schweizer SozialdemokratInnen machen. Es ist auch ein hilfloses Unterfangen, in Anlehnung an linkssozialistische Versuche der Vergangenheit z.B. die sozialpolitischen Forderungen der SPS einfach noch um zehn Prozent aufzustocken. Unter einem politisch-pragmatischen Gesichtspunkt hilft nur eine vertiefte Analyse der Frage weiter, ob das Ziel einer im ökologischen Sinne nachhaltigen Wirtschaft im Rahmen der traditionellen sozialdemokratischen oder Konkordanz-Sozialpolitik zu erreichen ist. Umweltpolitik ist nach einer ersten Boomphase in den 8oer Jahren von der Realität der krisenhaften Wirtschaftsentwicklung und der Globalisierung eingeholt worden, und damit verliert grüne Politik auch ihre naive Unschuld. Gefordert ist für die Zukunft eine Reorganisation des gesamten konzeptionellen Instrumentariums grüner Politik, wobei Neu- und Umgewichtungen einzelner Politiken und Anspruchspositionen nicht nur nicht auszuschliessen, sondern geradezu unausweichlich sind.

Bekanntlich hat aber die Politik in unserer Generation nicht nur durch den Einbezug des Themas Ökologie an zusätzlicher Komplexität gewonnen, sondern auch durch die Frauenbewegung. Überlagert werden zudem diese Themenstränge durch weltpolitische Brüche und durch wirtschaftliche und technologische Entwicklungen, die in der Debatte über „Globalisierung" und „Modernisierung" sehr kontrovers eingeschätzt werden, so dass seit dem Ende der 80er Jahre ein Konglomerat von Bestimmungsfaktoren und Wechselbeziehungen das Feld der Politik prägt, welches eindeutige Schlüsse und Prognosen, welche Massnahme welche Folgen zeitigen wird, nicht mehr ohne weiteres zulässt. Forderungen und Lösungsvorschläge für

konkrete Probleme müssen auf ihre Kompatibilität mit möglichen überschneidenden Interessen bzw. auf ihr diesbezügliches Konfliktpotential abgeklopft werden. Entscheidungen unter den Bedingungen realer Ungewissheit sind zu treffen, was nicht dazu verleiten soll, dasjenige dabei nicht zu berücksichtigen, was als Grundlage für strategische und taktische Überlegungen vorhanden ist oder erarbeitet werden kann. Es ist vieles möglich, aber nicht alles. Es geht also für die Grünen darum, das Feld möglicher Politiken einzugrenzen und darüber einen rationalen Diskurs zu führen.

Die Veränderung der sozialen Realität kann von den politischen Akteuren nicht direkt in politische Postulate oder Strategien umgesetzt werden, sondern immer nur vermittelt über Diskurse, die solchen Realitäten zugeordnet sind. Die Erklärungsmuster zur Erfassung neuer Realitäten werden aus der Vergangenheit gewonnen, und zwar aus einer diskursiv verarbeiteten Vergangenheit, überspitzt: aus den Mythen, in denen das Vergangene überliefert wird. Die Erklärungsmuster können deshalb die Komplexität der neuen Realität nicht vollständig erfassen. Politik setzt sich somit mit den Diskursen über die Realität auseinander, nicht unmittelbar mit der Realität selbst.

Freilich wirkt politisches Handeln nicht nur auf der Diskursebene, sondern beeinflusst selbst die Realität, aber nicht immer und vor allem nicht systematisch in der von der Politik intendierten Weise. Die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure versuchen, die politischen Entscheide, die Allgemeingültigkeit beanspruchen, in ihre eigenen Strategien zu integrieren. Den Mächtigsten und ihren Ideologen gelingt dies oft am besten. Die Globalisierung gehört zu solchen ideologischen Erklärungsmustern. Deshalb ist es beispielsweise durchaus richtig, sich über den wahren Gehalt der Rede von der Globalisierung auseinanderzusetzen und die Aussagekraft dieses Begriffes zu relativieren. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im gegenwärtigen politischen Diskurs die Globalisierung eine zentrale Rolle spielt, und niemand darum herumkommt, sich mit dem Phänomen „Globalisierung" auseinanderzusetzen und ihr im Diskurs einen angemessenen Platz einzuräumen. Das gleiche gilt für die Konzeption der Modernisierung, die insbesondere in der Schweiz heute die eigentümliche, fast schon groteske Gefühlslage eines gesellschaftspolitischen Nachholbedarfes manifestiert.

Nun ist es gerade die Globalisierung, die im kritischen Diskurs in den 90er Jahren eine Vorrangstellung erhalten hat. Und nicht nur dort. „Die *semantische Hegemonie*, die öffentlich geschürte *Ideologie* der Globalisierung, ist eine entscheidende Machtquelle, aus der die Unternehmens-Seite ihr strategisches Potential bezieht und vermehrt" (Beck 1996, 678). Die Globalisierung hat nach 1990 gewissermassen die Ökologie aus der hegemonialen Position verdrängt, die sie mindestens bei uns durch das Waldsterben, den Brand bei Sandoz-Schweizerhalle und vor allem die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl errungen hat. Es war ja auch diese *semantische Hegemonie* der Ökologie, die den politischen Aufstieg der Grünen begünstigt hat und keineswegs nur die eigene politische Leistung der Grünen, was

ihnen aber nicht zum Vorwurf gemacht werden kann. Verfehlt wäre jedoch, auf die Wiederkunft einer Hegemonie der Ökologie zu hoffen.

Für eine zukünftige grüne Strategie sind bei der Globalisierung zunächst zwei Aspekte festzuhalten: Zum einen schürt die Globalisierung hierzulande in breiten Schichten nicht mehr für möglich gehaltene Existenzängste. Jedem Zweifel an der Zukunft der sozialen Sicherheit wird unbesehen Glauben geschenkt. Zum andern treibt die Globalisierung den Raubbau an den natürlichen Ressourcen voran, da Globalisierung von allen wirtschaftlichen Subjekten „bei Strafe des Untergangs" unbedingte Weltmarktfähigkeit verlangt und diese nur über ständig erneuerte Kostensenkungsprogramme erreicht werden kann (vgl. Mohssen Massarrat 1996), wofür die vom Markt unterbewerteten natürlichen Ressourcen und alles, was zu den „Commons" (Hardin 1968) gehört, herhalten muss. Die höchst geringen realen Auswirkungen des Umweltgipfels von Rio 1992 legen von diesem Aspekt der Globalisierung Zeugnis ab, so z.B. das „roll-back" in der Umweltpolitik Clintons und Gores, die in Kyoto im Dezember 1997 die EU-Vorschläge zur Verringerung der Treibhausgase um 15 Prozent bekämpfen, weil die US-Wirtschaft durch die vorgeschlagenen Massnahmen ihre Konkurrenzfähigkeit verlieren würde.

Eröffnen Globalisierung und Modernisierung Chancen, die es für angezeigt erscheinen lassen, diese gegen die Risiken abzuwägen, um die Globalisierung somit „kritisch begleiten" zu können, wie dies der zurückgetretene Präsident der Schweizer Grünen, Hanspeter Thür, im 'Greenfo' 6/97 postulierte? Wird gegen die Globalisierung Front gemacht, kann dies zweierlei bedeuten: Erstens können die damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen (Stichwort WTO) untersucht und bekämpft werden; und zweitens kann, was auch immer wieder vorkommt, der Begriff „Globalisierung" als ideologischer denunziert werden. Ich halte beide Positionen gegen die Globalisierung für strategisch wenig fruchtbar. Auf die eine oder andere Weise wird hiermit das Spiel der Globalisierung mitgemacht und damit die „Machtquelle" (Beck) der globalitären Konzerne noch erweitert.

Nun gehört es zu den Präliminarien einer grünen Strategiedebatte, sich über die Verschiebungen im Diskurs Rechenschaft abzulegen, zu begreifen, dass die Ökologie im politischen Diskurs ihre Hegemonie an die „Globalisierung" verloren hat. Diese Verschiebung im Diskurs zu konstatieren, bedeutet denn auch nicht, die Existenzberechtigung einer selbständigen grünen politischen Kraft zu bestreiten; denn die von den Grünen politisch thematisierten Probleme der Umwelt sind ja keineswegs gelöst, sondern sie werden von den Medien und in deren Gefolge von den kurzfristig ihre Ressourcen maximierenden politischen Akteuren ja gerade unter den Vorzeichen der Globalisierung zugunsten älterer, neu aktualisierter Thematiken nur auf der Prioritätenliste nach unten verschoben. Nicht die konkrete Umweltproblematik hat an Bedeutung verloren, sondern lediglich der Diskurs darüber, was politisch relevant ist. Es gilt also aus grüner Sicht, an der Vordringlichkeit der ungelösten Umweltprobleme festzuhalten und diese

mit der Hauptsorge breiter Schichten angesichts der Globalisierung, nämlich der Sorge um den Verlust der Existenzsicherung, zu verknüpfen.

Diese strategische Problemverknüpfung ist um so besser möglich, als die wirtschaftliche Krise, die wir durchleben, nicht eine klassische Krise mit enormen Produktionseinbrüchen ist, sondern im wesentlichen eine Beschäftigungskrise. Nach sieben Jahren Krise ist das Niveau der industriellen Produktion in der Schweiz etwa gleich wie während der als Boomjahre empfundenen späten 80er Jahre. Die Beschäftigungskrise wird mittlerweile nicht mehr als Begleiterscheinung eines klassischen Konjunktureinbruchs oder als Folge der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins lohngünstigere Ausland gewertet, sondern weit herum und zu Recht als Folge der gestiegenen Arbeitsproduktivität erkannt.[1] Die Menge der für die Befriedigung der Bedürfnisse vorhandenen Güter wäre durchaus vorhanden; das Problem jedoch besteht in der wachsenden Diskrepanz in der Einkommens- und Vermögensverteilung, welche die „neuen Armen" vom Zugang zu den vorhandenen Gütern ausschliesst. Die Absorption der Arbeitslosigkeit durch Produktionsausweitung als Ausweg aus der Krise – abgesehen davon, dass dafür die Märkte nur schwer zu erschliessen wären – beinhaltet die reale Gefahr einer verschärften ökologischen Katastrophentendenz. Dazu kommt, dass weniger Bedarf an zusätzlichen Gütern und Dienstleistungen besteht, die gegen Geld zu kaufen sind, sondern an Produkten im Bereich dessen, was sich mit dem Begriff „soziale Infrastruktur" zusammenfassen lässt und nach wie vor als Domäne der unbezahlten (Frauen-)Arbeit gilt. Diese mit der sozialen Infrastruktur verbundenen Tätigkeiten werden nur in genügender Menge ausgeübt, wenn die damit Befassten einen angemessenen Zugang zu den gegen Geld zu kaufenden Waren erhalten.

Eine der in den letzten Jahren diskutierten Formen des garantierten Mindesteinkommens (GME) kann für die Lösung des Existenzsicherungsproblems die richtige Massnahme bilden, weil auf der Grundlage des GME Arbeiten in den vernachlässigten Bereichen der sozialen Infrastruktur nicht zu Preisen angeboten werden müssen, welche kostendeckend sind, sondern zu Preisen, welche die gesellschaftlich wünschbare Nachfrage zulässt. In verschiedenen Schweizer Städten gibt es heute schon Projekte im ergänzenden oder zweiten Arbeitsmarkt, die in diese Richtung gehen und regen Zuspruch finden (z.B. Ferien-Mittagstisch und Tageslager für Kinder, angeboten von im ergänzenden Arbeitsmarkt Beschäftigten in Bern). Gesucht sind überhaupt Formen, welche die Existenzsicherung garantieren, ohne zwingend die Normalarbeitsbiographie und das Wachstum der materiellen Produktion vorauszusetzen.

Die angemessene Finanzierung des GME erfolgt über die Mehrwertsteuer, weil die Mehrwertsteuer einen Teil der volkswirtschaftlichen, in Geldeinheiten gemessenen Wertschöpfung abschöpft und via GME in Sektoren gesellschaftlich notwendiger Arbeit umverteilt, die zwar nicht oder nur zum Teil monetär bewertete Leistungen erbringen, jedoch eine unverzichtbare Basis für den monetären Sektor darstellen. Das ist ebenso ein Mosaikstein einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialpolitik wie

die ökologische Steuerreform selbst, weil ein durch die Mehrwertsteuer finanziertes GME dem Umstand Rechnung trägt, dass es bei der Existenzsicherung nicht um das Einbringen von noch mehr verbrauchter Natur in die Konsumwelt geht, sondern um eine Öffnung der Warenmärkte für alle Mitglieder der Gesellschaft. Die Mehrwertsteuer für die Finanzierung des GME schöpft direkt Kaufkraft ab und teilt sie solchen zu, die sonst nicht darüber verfügen.[2]

Die Domäne der *ökologischen Steuerreform* hingegen ist dort, wo es um die Belastung der vor allem im intertemporalen Vergleich knappen Naturgüter geht, die vom Markt selbst nicht vorgenommen wird.[3] Dass mit dem Ertrag einer Ressourcensteuer der Faktor Arbeit entlastet werden soll, gehört mittlerweile zum Gemeingut der ökologischen Debatte. Die ökologische Steuerreform nimmt mindestens teilweise Druck von der Wirtschaft weg, aus Konkurrenzgründen in immer umfangreicherem Masse die im intertemporalen Vergleich zu billigen natürlichen Ressourcen einzusetzen, was für die Durchsetzung des Konzepts der Nachhaltigkeit von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der Ertrag der Ressourcensteuer sollte aber *erstens* nicht für die Finanzierung von sozialen Reformen eingesetzt werden, weil dadurch ein negativer Konnex zwischen angeblich teuren Reformen und ökologischen Postulaten hergestellt wird; die Mittel aus der Ressourcensteuer sollten aber *zweitens* – und dies vor allem und entgegen allen populistischen Versuchungen – nicht zur Subventionierung ökologischer Technologien verwendet werden, da es gerade darauf ankommt, aus dem Teufelskreis von direkter oder indirekter Subventionierung des Ressourceneinsatzes einerseits und der „Gegen"-Subventionierung der Massnahmen andererseits auszubrechen, welche die Umweltschäden beheben sollten.[4]

Hingegen ist, wenn hier in einem ganz bestimmten, eng definierten Zusammenhang der Erhöhung der Mehrwertsteuer das Wort geredet wird, darauf hinzuweisen, dass nur zusammen mit der ökologischen Steuerreform die der Mehrwertsteuer inhärente Tendenz zur Bevorzugung der kapitalintensiven Produktionsprozesse aufgehoben werden kann. Die Verbindung zwischen sozialer Existenzsicherung und ökologischer Steuerreform ist also komplexer, als auf Anhieb angenommen. Aber dieser Komplexität ist Rechnung zu tragen.

Der Globalisierungsprozess kennt in den OECD-Ländern aber nicht nur – und sehr wahrscheinlich auch nicht in erster Linie – globalitäre Grosskonzerne und deren Lohnabhängige als Prot- oder Antagonisten, zu denen sich noch die Bediensteten im Service public und im Staatsdienst gesellen. Der Globalisierungsprozess bringt eine neue Dualisierung der Wirtschaftsstruktur hervor, die das vorindustrielle Verlagswesen wie auf höherer Stufe reproduziert. Die Global Players konzentrieren bei sich Know-how, Marken und Marketing, Forschung und Entwicklung, während immer mehr Teile des Produktionsprozesses zu abhängigen Zulieferbetrieben ausgelagert werden, deren Position aber prekär wird. Zusammen mit binnenmarkt-

orientierten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) bilden diese Betriebe ein wirtschaftlich schlechter gestelltes Unterfutter für den globalitären Überbau, wobei aber der KMU-Sektor beschäftigungsmässig bei weitem überwiegt.

Während des Kalten Krieges bildeten diese Bereiche einen Teil der Schumpeterschen „schützenden Schichten" für die „obersten Schichten der kapitalistischen Gesellschaft" (Schumpeter 1950, 219). Sie profitierten von der Nachkriegshochkonjunktur und dem Zwang zum Kompromiss angesichts der weltweiten Bedrohung. Antikommunismus bildete dabei den ideologischen Kitt. Die Globalisierungswelle löst diese Konstellation auf. Die schützenden Schichten gegen den alten Gegner werden nicht mehr benötigt; ihr Anteil an der gesellschaftlichen Wertschöpfung wird zur weiteren Quelle von Shareholder value. Aber damit fallen diese Teile der schützenden Schichten, die sich als Modernisierungsverlierer begreifen könnten, tendenziell weg.

Dass es dem Milliardär Christoph Blocher, einem Exponenten des globalitären Kapitals in der Schweiz, mit seiner SVP dennoch gelingt, grosse Teile dieser Schichten zu mobilisieren, wirft viele Fragen auf. Dass er sich dabei konservativ geriert, zeichnet ihn keineswegs als Gegner der Modernisierung aus, die er als Mann der Finanzen und der globalitären Wirtschaft ohne alle sentimentalen Anleihen vorantreibt. Bewusst oder intuitiv organisiert er sich unter neuen Vorzeichen die für die „obersten Schichten der kapitalistischen Gesellschaft" so wichtigen „schützenden Schichten" neu. Blocher erkennt oder erahnt – vielleicht im Gegensatz zu den euphorischen „Siegern" der Wende von 1989, die einem ungehemmten und ungebremsten Neoliberalismus frönen –, dass die Welt der Hochfinanz, in die er sich hineingearbeitet hat, auf sich allein gestellt, die Gesellschaft nicht beherrschen kann. Auch nach dem Untergang des Gegners aus dem Kalten Krieg braucht die Elite eine Massenbasis, damit die Interessen des globalitären Kapitals auch im demokratischen Prozess umgesetzt werden können. Die neu organisierten schützenden Schichten sollen die herrschende Elite vor den einheimischen und weltweiten Opfern der Globalisierung schützen und auf der Basis eines neuen Rassismus die Privilegien der Metropolen verteidigen helfen. Der konservative Diskurs eignet sich dabei besonders, weil dadurch an die Nachkriegszeit angeknüpft wird, in welcher die heute vom Globalisierungsprozess bedrohten Schichten eine ungefährdete Existenz hatten. Dass Blocher dabei die ökologische Fragestellung, die im konservativen Diskurs ja einen prominenten Platz einnehmen müsste, als irrelevant, ja kontraproduktiv hinstellt, verweist lediglich auf sein gewinnmaximierendes Grundinteresse: den kurzfristigen Shareholder value.[5]

Ein ökologisches Programm aber benötigt die Unterstützung des KMU-Sektors genauso, wie der globalitäre Sektor diesen Bereich als „schützende Schicht" braucht. Nicht nur weil der KMU-Sektor den Löwenanteil an Beschäftigungsmöglichkeiten stellt, was für sich genommen schon mehr als genug Aufmerksamkeit verdient, sondern auch weil die Wette auf die Zukunft zu einem nicht unbedeutenden Teil im KMU-Sektor entschieden

wird, braucht eine grüne Strategie ihre „Mittelstandspolitik". Da spielen Themen der wirtschaftspolitischen Ordnungspolitik sowie der Finanzen eine wichtige Rolle. Wie kann die Politik aus ihrer Zentrierung auf die Grossorganisationen (Konzerne, aber auch an den Grosskonzernen orientierte Gewerkschaften) herausgeholt werden? Sich mit der Sicht Fernand Braudels[6] zum Verhältnis von „Kapitalismus" und „Marktwirtschaft" auseinanderzusetzen, dürfte hier auflockernd wirken und die Debatte um marktwirtschaftliche Methoden in einer ökologischen Strategie von ideologischem Ballast befreien.

Es geht demnach nicht einfach um „für" oder „gegen" Modernisierung/Globalisierung, und schon gar nicht um deren bei den Grünen nun zur parteioffiziellen Zauberformel erhobene „kritische Begleitung", sondern um die Reformulierung der ökologischen und sozialen Bedürfnisse vor dem Hintergrund der Globalisierung. Dabei kommt der Verbindung einer *grünen Mittelstandspolitik*, in deren Zentrum marktwirtschaftliche Lenkungsinstrumente (*ökologische Steuerreform*) stehen, mit einer Konzeption der *sozialen Existenzsicherung* zentrale Bedeutung zu. Ein Drehbuch für die Grünen in der Schweiz auf dieser Grundlage kann die so fixiert scheinende Rollenverteilung in der schweizerischen Politik aufbrechen.

Anmerkungen

1 Siehe dazu Jeremy Rifkind, The end of work, New York 1996. Dagegen G.S. in der NZZ vom 15./16.11.1997, der die anhaltende Arbeitslosigkeit ohne jeglichen Hinweis auf die Faktenlage als Folge von Rigiditäten des Lohnsystems zu erklären versucht. Dagegen wiederum sogar de Pury : „Die Reduktion der Arbeitsplätze scheint vor allem eine Konsequenz der raschen Produktivitätsfortschritte im verarbeitenden Sektor zu sein, die ihrerseits mit dem technologischen Fortschritt und der Kapitalvertiefung zusammenhängen." (de Pury 1997)

2 Die Mehrwertsteuer als Finanzierungsquelle für das GME ist sicher kontrovers, weil im klassisch-linken Diskurs die indirekten Steuern als unsozial gegenüber den direkten Steuern gelten. Dass indirekte Steuern im allgemeinen unsozialer sind als direkte Steuern, wird hier auch nicht bestritten, aber bei der Finanzierung des GME in der hier diskutierten Absicht stellt sich nicht allein die Frage nach höheren oder tieferen Einkommen und dem Ausgleich der Einkommensunterschiede durch ein sozial ausgestaltetes Steuersystem, sondern es stellt sich auf neue Art die Frage nach der Kluft zwischen „BesitzerInnen" von Erwerbsarbeitsplätzen und denjenigen, die keinen haben. Der linke Korporativismus, der sich auf die Interessenvertretung der Arbeitsplatzbesitzer Innen konzentriert, will (und kann) diese Fragestellung nicht sehen, weshalb in diesem Diskurs auch nur illusorische Vorstellungen einer mittels keynesianischer Politik zu verwirklichenden Vollbeschäftigung Platz haben. Eine GME-Finanzierung durch direkte Steuern hätte ohne entsprechende Verschärfung der Progression weit unsozialere Auswirkungen, ist doch in den letzten drei Jahrzehnten der Anteil der unteren Einkommen am gesamten Steueraufkommen der direkten Steuern massiv gestiegen, was durch eine zusätzliche Belastung dieses Steuertopfes nur noch akzentuiert würde; eine Verschärfung der Steuerprogression hingegen, wodurch das GME hauptsächlich durch eine zusätzliche Belastung der oberen Einkommen finanziert würde, dürfte sich politisch kaum realisieren lassen.

3 Die Tatsache, dass, wenn es um den sparsamen Umgang mit den knappen natürlichen Ressourcen geht, mehr und mehr auch betriebswirtschaftliche Kalküle zum Tragen

kommen, ist zum grössten Teil die durchaus erwünschte Vorwegnahme der Ergebnisse einer ökologischen Steuerreform (vgl. NZZ vom 3.12.97). Angesichts des wachsenden Gewichts der dem unmittelbaren Produktionsprozess vorgelagerten Stufen (Investitionen, Forschung und Entwicklung) macht die Ausrichtung der technologischen Entwicklung auf sparsamen Ressourcenverbrauch unter dem Gesichtspunkt einer Shareholder-value-Betrachtung, die sich nicht am kurzfristigen Gewinn, sondern an den langfristig zu erzielenden Ergebnissen orientiert, durchaus Sinn, da die Free Cashflows der Zukunft von der optimalen Verwertung der vorgelagerten Stufen abhängen. Z.B: „Eco-efficient companies use less resources, and they cause fewer emissions to soil, water and air. This leads to an increase in the operating margin due to lower costs. Moreover, in many cases, this leads to higher sales due to an enhanced value of the products to the costumer. In addition, the risk of environmental liability decreases leading to a lower discount factor. Eco-efficiency is relevant for the financial valutation of a company because higher margins and lower discount factors create greater financial value" (Kaspar Müller et al. 1996, 7).

4 Das eindrücklichste Beispiel für ökologisch kontraproduktive Subventionen auf der einen Seite und dem Versuch, die negativen Effekte durch ökologische Gegen-Subventionen auf der anderen Seite auszugleichen, bietet die Kontroverse um den Verkehr auf Strasse und Schiene. Gemäss einer Infras-Studie verursachte der Strassenverkehr 1994 10 Mrd. Franken externe Kosten (was als Subventionierung des Strassenverkehrs durch die Öffentlichkeit aufgefasst werden darf) und erhielt direkte Subventionen in der Höhe von 1,3 Mrd. Franken; der Schienenverkehr wurde mit 5,8 Mrd. Franken subventioniert und verursachte externe Kosten von 0,4 Mrd. Franken. Es wäre nun völlig verfehlt, die Konkurrenzfähigkeit der Schiene gegenüber der Strasse durch eine zusätzliche Subventionierung von rund 5 Mrd. Franken herzustellen, finanziert etwa durch eine Energieabgabe. Richtigerweise muss durch die ökologische Steuerreform der Strassenverkehr so stark verteuert werden, dass durch dessen Reduktion die externen Kosten abnehmen und gleichzeitig die Schiene attraktiver wird, ohne dass sie zusätzlicher Subventionen bedarf. Siehe dazu Minsch 1996.

5 Pikant ist an der Blocherschen Biographie ja der Umstand, dass er seine Politkarriere im zürcherischen Meilen mit dem Kampf gegen ein Verwaltungsgebäude der Alusuisse auf der grünen Wiese begann, und zwar unter dem Stichwort „Umwelt".

6 Joscha Schmierer resümiert Braudel, für unsern Zusammenhang sehr brauchbar, wie folgt: „Braudel entwarf eine Skizze zur Entstehung des Kapitalismus und des Charakters des Kapitalismus (Braudel 1985/86). Demnach bemächtigt sich dieser von oben des materiellen Lebens und der Marktwirtschaft als von ihm unabhängiger Schichten. Diese „Dreiteilung" – materielles Leben, Marktwirtschaft, kapitalistische Wirtschaft – hatte für Braudel „immer noch einen erstaunlichen Erklärungs- und Unterscheidungswert, obwohl die kapitalistische Wirtschaft sich enorm ausgeweitet hat." Der Kapitalismus gehe „in ganz entscheidendem Masse von wirtschaftlichen Aktivitäten" aus, „die sich an der Spitze abspielen oder zu dieser Spitze tendieren. Folglich 'schwimmt' der Kapitalismus auf einer doppelten Schicht, die aus dem materiellen Leben und der wirklichen Marktwirtschaft gebildet wird. Er repräsentiert den Bereich der grossen Profite... Tatsächlich unterscheidet sich Braudels Auffassung fundamental von der Lenins, für den Kapitalismus organisch aus der Marktwirtschaft hervorging, während für Braudel die ursprüngliche Akkumulation, mit ihren Exzessen ausserökonomischer Gewalt, mit Schwindel und Betrug, Monopol und Staatsförderung, eher die unaufhebbare Normalform des Kapitalismus darstellt, die den Grundschichten der materiellen Zivilisation und der Marktwirtschaft übergestülpt wird." (Schmierer 1997, 6/7)

Literatur

Beck, Ulrich, 1996: Die Subpolitik der Globalisierung. Die neue Macht der multinationalen Unternehmen. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 11-12. Düsseldorf.

Braudel, Fernand, 1985/86: Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts. Drei Bände. München.

De Pury, David, 1997: Auswege aus der Globalisierungsfalle. In: NZZ vom 25./26. Oktober.

Hardin, Garret, 1968: The Tragedy of the Commons. In: Science 162.

Massarrat, Mohssen, 1996: „Wohlstand" durch globale Kostenexternalisierung. In: Widerspruch Heft 31, Globalisierung – Arbeit und Ökologie, 2. Aufl., Zürich.

Minsch, Jürgen, et al.,1996: Mut zum ökologischen Umbau: Innovationsstrategien für Unternehmen, Politik und Akteurnetze. Basel/Boston/Berlin.

Müller, Kaspar, et al., 1996: Eco-Efficiency and Financial Analysis, The Financial Analyst's View, The European Federation of Financial Analysts Societies, o.O.

Schmierer, Joscha, 1997: „Zeitalter der Globalisierung". In: Kommune 9/97. Frankfurt a.M.

Schumpeter, Joseph A., 1950: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie.

Johan Galtung

Der Preis der Modernisierung

Struktur und Kultur im Weltsystem

216 Seiten, br., sFr. 31,50, DM 34.-

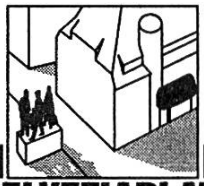
Neuerscheinung! ISBN 3-85371-123-5

Nicht vom Ende des Systems spricht der bekannte norwegische Friedens- und Konfliktforscher, sondern vom Preis seiner Modernisierung, wer ihn bezahlt und welche Alternativen es dazu gibt.

Promedia-Gesamtkatalog anfordern bei: Promedia, Wickenburgg. 5/12; A-1080 Wien; Fax: 00431/405715922

Jetzt sind wir auch Ihre Montags Buchhandlung

NEU Montag offen 10³⁰ - 18³⁰



BUCHHANDLUNG AM HELVETIAPLATZ IM VOLKSHAUS

STAUFFACHERSTR. 60
8026 ZÜRICH 4

T 01 241 42 32
F 01 291 07 25